Fachverband der Kämmerer NW
Kreisverband Rhein-Sieg
Markt 1
53783 Eitorf

Eitorf, den 18.12.2009

Rhein-Sieg-Kreis
Herrn Landrat Kühn
Kreishaus
53721 Siegburg

Stellungnahme der Kämmerer der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises zum Haushaltsplanentwurf des Rhein-Sieg-Kreises für das Haushaltsjahr 2010

hier: Anhebung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage

Sehr geehrter Herr Kühn!

Als Sprecher aller Kämmerer der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises nehme ich namens und im Auftrag meiner Kolleginnen und Kollegen zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010 wie folgt Stellung. Ich bitte Sie, sich unsere Argumente zu eigen zu machen und dem drohenden finanziellen Kollaps vieler Kommunen entgegen zu wirken.

Im Eckdatenpapier zur Haushaltsplanung des Rhein-Sieg-Kreises für das Haushaltsjahr 2010 wird seitens des Kreises Folgendes ausgeführt:

„Der derzeitige Planungsstand 2010 weist in der Ergebnisrechnung bei unverändertem Landschaftsumlage- und Kreisumlagesatz folgende Defizite aus:

2010 =	32,0 Mio. €
2011 =	43,8 Mio. €
2012 =	37,3 Mio. €
2013 =	32,8 Mio. €

Danach wäre bereits Mitte 2011 die Ausgleichsrücklage des Rhein-Sieg-Kreises vollständig aufgezehrt und spätestens in 2012 würden die gemäß § 76 Abs. 1 GO NRW zulässigen Schwellenwerte zur Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage überschritten. Auf dieser Grundlage hätte der Rhein-Sieg-Kreis ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen; dieses wäre ohne Anhebung der allgemeinen Rücklage aufgrund der mangelnden Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs nicht genehmigungsfähig.“

Ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung der Hauptgemeindefeuerwehr am 20.11.2009 zum Thema Kreishaushalt 2010 lautet wie folgt:

„Der Landrat erklärte, für den Rhein-Sieg-Kreis bestehe im Haushaltsjahr 2010 die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK). Dieses wäre ohne Anhebung des allgemeinen Kreisumlagesatzes nicht genehmigungsfähig. Da Umlageverbänden jedoch die Vorlage eines nicht genehmigten HSK nicht gestattet sei, sei er gehalten, dem Kreistag die Erhöhung der allgemeinen Kreisumlage um mindestens 3 v.H.-Punkte vorzuschlagen.“

Aus einer Verfügung der Bezirksregierung Köln vom 10.11.2009 an die Landräte in Bergheim, Bergisch-Gladbach, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Gummersbach und Siegburg geht hervor, dass in einer gemeinsamen Besprechung mit dem Regierungspräsidenten am 02.11.2009 von Seiten der Landräte mehrfach angekündigt wurde, als Kreis freiwillig ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, um die Festlegung der Kreisumlage in einem für die kreisangehörigen Kommunen verträglicheren Rahmen zu halten.

Nach Angaben des Kreiskämmerers bzw. der Kreiskämmerei werden die Ausgleichsrücklage bzw. die allgemeine Rücklage des Rhein –Sieg-Kreises zum 01.01.2010 voraussichtlich folgende Bestände ausweisen:

- Ausgleichsrücklage = 65 Mio. €
- allgemeine Rücklage = 156 Mio. €

Die im Zusammenhang mit der Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes bzw. einem Genehmigungserfordernis für die Haushaltssatzung einschlägigen Vorschriften in den §§ 75 GO NRW und 76 GO NRW besagen Folgendes:

Nach § 75 Abs. 4 GO NRW bedarf es der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen wird.

Nach § 76 Abs.1 GO NRW hat die Gemeinde (der Rhein-Sieg-Kreis) zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist, wenn bei der Aufstellung des Haushalts durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern.

Nach § 56 Abs. 3 KrO NRW ist eine Erhöhung des Umlagesatzes der Kreisumlage nur zulässig, wenn alle anderen Möglichkeiten, den Kreishaushalt auszugleichen, ausgeschöpft sind.

Der Rhein-Sieg-Kreis kann seinen Fehlbedarf im Ergebnisplan für das Haushaltsjahr 2010 durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage decken (voraussichtlicher Fehlbedarf von 32 Mio. € bei einem voraussichtlichen Bestand der Ausgleichsrücklage von 65 Mio. €). Bezogen auf das Haushaltsjahr 2010 wäre der Haushaltsausgleich damit gewährleistet.

In der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wäre der Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage so anzupassen, dass die Schwellenwerte des § 76 Abs. 1 GO NRW unterschritten werden.

Auf vorstehender Grundlage bestünde für den Rhein-Sieg-Kreis im Haushaltsjahr 2010 weder eine Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 76 Abs. 1 GO NRW noch eine Genehmigungspflicht für den Kreishaushalt nach § 75 Abs. 4 GO NRW. Mithin besteht auch keine Verpflichtung zur Anhebung der Kreisumlage.

Eine Genehmigungspflicht nach § 75 Abs. 4 GO besteht nach Ausführungen des Innenministeriums im Leitfaden „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ nur dann, wenn eine Verringerung der allgemeinen Rücklage in der Haushaltssatzung für das betreffende Haushaltsjahr (2010) vorgesehen ist.

Es besteht somit bei der Aufstellung der Haushaltssatzung keine Genehmigungspflicht für die Verringerung der allgemeinen Rücklage, wenn sich diese lediglich auf den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bezieht.

Da der Schwellenwert nach § 76 Abs. 1 Punkt 1 GO NRW (Verringerung der allgemeinen Rücklage um mehr als 25 v.H.) in 2011 nicht überschritten wird (bei unterstellter Inanspruchnahme des Restbestandes der Ausgleichsrücklage), wäre im Kreishaushalt (für das Jahr 2010) in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung zur Abwendung einer Genehmigungspflicht bzw. der Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erst im Haushaltsjahr 2012 eine Anpassung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage vorzusehen.

Wie bereits dargestellt, haben die Landräte in einer gemeinsamen Besprechung mit dem Regierungspräsidenten die freiwillige Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes damit begründet, dass die Festlegung der Kreisumlage in einem für die kreisangehörigen Kommunen verträglicheren Rahmen gehalten werden soll.

Dieses Ziel lässt sich erheblich effektiver erreichen, indem der Kreis auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verzichtet und den Kreisumlagesatz unverändert lässt.

Ein solches Vorgehen wäre völlig unabhängig von den Konsolidierungsbemühungen des Kreises zu sehen.

Bei Haushaltsplanaufstellung und Haushaltsplanausführung sollte der Rhein-Sieg-Kreis einen Maßstab anlegen, als wäre formal ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

In diesem Zusammenhang sollte auch bedacht werden, dass der Rhein-Sieg-Kreis zur Deckung seines Liquiditätsbedarfs den zur Erreichung des Haushaltsausgleichs (auf der Grundlage des Ergebnishaushaltes) erforderlichen Umlagesatz nicht benötigt.

Dieser Effekt entsteht insbesondere dadurch, dass der Rhein-Sieg-Kreis sein Anlagevermögen nach den Bestimmungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements auf der Grundlage von Zeitwerten bewertet hat, während die Kreditfinanzierung dieses Vermögens im Zweifel bereits abgeschlossen und eine Refinanzierung durch die kreisumlagepflichtigen Kommunen damit bereits erfolgt ist.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass das Anlagevermögen des Rhein-Sieg-Kreises durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden (teilweise) doppelt finanziert wird.

Um das erklärte Ziel der Landräte (Abwendung von Belastungen für die kreisangehörigen Kommunen) effektiver zu erreichen, sollte der Rhein-Sieg-Kreis / Kreistag auf der Grundlage vorstehender Ausführungen gebeten werden:

- **auf die Aufstellung eines formalen Haushaltssicherungskonzeptes zu verzichten,**
- **gleichwohl bei Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes 2010 einen Maßstab anzulegen, als wäre formal ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen (mit Ausnahme einer Anpassung des Umlagesatzes für die Kreisumlage,**
- **mit Rücksicht auf die desolante Finanzlage und hoffnungslos unterfinanzierten Haushalte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Haushaltsjahr 2010**

auf eine Anhebung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage zu verzichten,

- zum Ausgleich des Kreishaushaltes für das Haushaltsjahr 2010 die bestehende Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen,
- in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung im Haushaltsjahr 2012 eine Anpassung des Umlagesatzes für die allgemeine Kreisumlage in einem Umfang vorzusehen, dass die Schwellenwerte nach § 76 Abs. 1 GO NRW unterschritten werden.

Ob und ggf. in welchem Umfang eine Anhebung des Kreisumlagesatzes dann später tatsächlich zu realisieren ist, wird maßgebend von der konjunkturellen Entwicklung und den Konsolidierungserfolgen des Rhein-Sieg-Kreises abhängig sein.

Für die Kämmerer des Rhein-Sieg-Kreises
mit freundlichen Grüßen

Strack